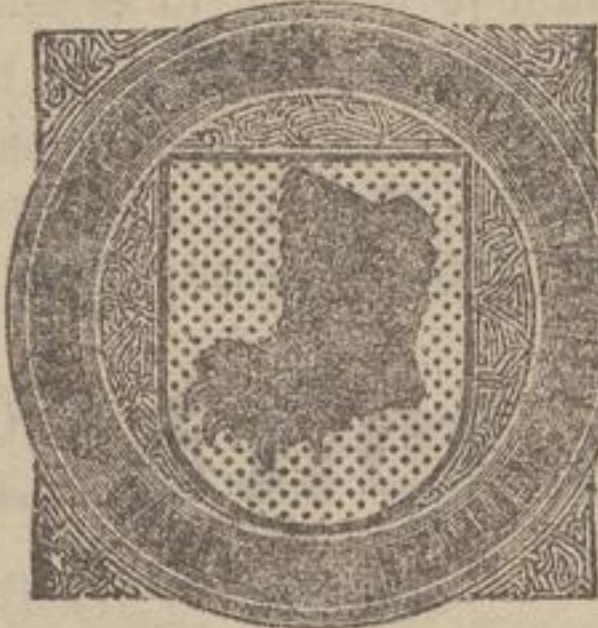


Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Bei Abholung 14 täglich 1.-RM., frei Haus 1.10 RM., einschl. 12 bez. 15 Pf. Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Nachzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 8-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vor 10 Uhr anzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftverkauf, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Straße 2 - Fernruf nur 33

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr 37

Dienstag, den 13. Februar 1940

92. Jahrgang

Abbruch des Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und der Sowjetunion

Moskau, 12. Februar. Nach erfolgreich beendeten Verhandlungen ist in Moskau am 11. Februar 1940 das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen worden. Dieses Abkommen entspricht dem Wunsch der Regierungen der beiden Staaten, ein Wirtschaftsprogramm über den Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufzustellen, so wie dies in dem Briefwechsel zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, Herrn von Ribbentrop und dem Präsidenten des Rates der Volkskommissare und Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR., Herrn W. M. Molotow zum Ausdruck gebracht worden ist.

Das Wirtschaftsabkommen sieht die Ausfuhr von Rohstoffen aus der Sowjetunion nach Deutschland vor, die durch deutsche industrielle Lieferungen kompensiert werden.

Der Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion wird bereits im ersten Jahr der Geltung des Abkommens einen Umfang erreichen, der die seit dem Weltkrieg jemals erreichten Höchstmengen übersteigt. Es ist beabsichtigt, den Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen in Zukunft noch weiter zu steigern.

Das Abkommen ist auf deutscher Seite von dem Sonderbeauftragten der deutschen Reichsregierung, Herrn Botschafter Ritter, von dem Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation, Herrn Gesandten Schunore, auf sowjetischer Seite von dem Volkskommissar für den Auswärtigen Handel der UdSSR., Herrn Mikojan, und dem Handelsvertreter der UdSSR. in Deutschland, Herrn Babarin, unterzeichnet worden.

Nachdem bereits im August 1939 ein neues deutsches Kreditabkommen mit Russland abgeschlossen wurde, das gegenüber der Entwicklung der letzten Jahre wesentlich erweiterte Möglichkeiten des Handelsverkehrs bot, erfolgte anlässlich des zweiten Besuchs des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Moskau am 28. September der bekannte Briefwechsel zwischen dem deutschen Reichsaußenminister und dem russischen Regierungschef

Molotow, worin der beiderseitige Wille behauptet wurde, mit allen Mitteln den Warenumsatz und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR. zu entwickeln. Die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen Verhandlungen wurden dann schnellstens aufgenommen und teilweise in Berlin und teilweise in Moskau geführt, wo sie jetzt auch mit der Unterzeichnung eines neuen Wirtschaftsabkommens ihren erfolgreichen Abschluß gefunden haben. Das jetzt ausgearbeitete gemeinsame Wirtschaftsprogramm wird den deutsch-russischen Warenaustausch nicht nur wieder zu dem in der Vergangenheit erfolgreichsten Höchstumfang entwickeln, sondern darüber hinaus noch steigern. Es ist bekannt daß Deutschland schon 1913 ein Drittel der russischen Gefamtausfuhr abnahm und etwa die Hälfte der russischen Einfuhr lieferte. Als Rußland nach dem Kriege die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland wieder aufnahm, wurde Deutschland sofort erneut sein bedeutendster Handelspartner, der 1921-23 wieder mehr als ein Drittel der russischen Einfuhr stellte und diesen Anteil in den Jahren 1931-33 sogar auf wieder 40 v. H. steigerte. In der gleichen Weise hatte sich auch der deutsche Anteil an der russischen Ausfuhr entwickelt. Diese Tatsachen sind einleuchtender Beweis für die natürliche Ergänzungsfähigkeit der deutschen und der russischen Volkswirtschaft. Während Rußland über unerhöpliche Rohstoffvorkommen verfügt, deren Ausbeute in den letzten Jahren bereits gewaltig gesteigert wurde und unter dem laufenden Fünfjahresplan sich noch mehr von Jahr zu Jahr erhöht, besitzt Deutschland eine industrielle Leistungsfähigkeit so großen Anfanges, daß es trotz des Krieges und der militärischen Anforderungen in der Lage ist, den großen Bedarf Rußlands in industriellen Fertigwaren aller Art voll zu decken.

Der bei den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen vereinbarte Rahmen sieht daher einen Austausch russischer Rohstoffe gegen deutsche Industrieprodukte in großem Umfang vor. Deutschland und Rußland sind zu ihrer alten natürlichen Wirtschaftsverbundenheit zurückgeführt.

Soldaten und Arbeiter kämpfen nebeneinander

Das Gebot des totalen Krieges

Berlin, 12. Februar. Reichsminister Selbte führte am Montagabend im Rundfunk in einer Rede über die Bedeutung und Erfolge des richtigen Arbeitseinsatzes u. a. aus:

Eines hat sich schon herausgestellt: Deutschland ist militärisch nicht zu schlagen. Daher hoffen unsere Feinde, uns wirtschaftlich zu besiegen! Aber auch das wird sich als großer Irrtum herausstellen. Seit langem nämlich hat unsere Staatsführung die militärische und wirtschaftliche, insbesondere auch die Arbeitskraft, in ein wohlüberlegtes Verhältnis zueinander gebracht.

Wir alle haben aus den Erfahrungen des Weltkrieges gelernt. Damals mußte man erst mühsam versuchen, eine Kriegswirtschaft aufzubauen. Heute konnte sofort nach Kriegsbeginn die volle Leistungskraft der Nation für eine erfolgsbürgende Kriegsführung eingesetzt werden.

Die Erfüllung zweier Voraussetzungen war dafür entscheidend: Einmal der richtige Arbeitseinsatz jedes schaffenden Deutschen und zum zweiten die Erhaltung des sozialen Friedens. Ohne einen solchen wären unser Aufstieg und unsere gewaltige Produktion der letzten Jahre und die Aufrüstung unmöglich geworden.

Diese läßt uns eine wichtige Tatsache erkennen: Arbeitskraft und Wehrekraft sind ein. Auf dieser Erkenntnis fußt unsere Arbeitseinsatzpolitik.

Die Reichsregierung begnügt sich nicht damit, irgendwelche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Vielmehr begann sie eine auf weite Sicht ausgerichtete Arbeitseinsatzpolitik zu betreiben. Als der Führer große nationale Aufgaben stellte, wurde eine Lenkung und Steuerung der Arbeitskraft um so notwendiger, als die Entwicklung im Arbeitseinsatz schon damals eine leistungs- und zahlenmäßige Verschwendung deutscher Arbeitskraft verbot. Als die Aufrüstung und der Vierjahresplan anzulafen begannen, mußten daher besondere Maßnahmen ergriffen werden, um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Danach verlangte das Jahr 1938 neue zusätzliche Leistungen von gewaltigem Ausmaß.

Der Führer gab damals den Befehl zur Verstärkung des Heeres, der Marine und der Luftwaffe sowie zum Bau des Westwalls.

Reichsminister Selbte brachte dann seinen Stolz darüber zum Ausdruck, daß es der Arbeitseinsatzverwaltung gelungen sei, möglich zu machen, was unmöglich schien, nämlich immer wieder brachliegende oder nicht richtig eingesetzte Arbeitskräfte aufzufahren und im Interesse des Ganzen einzusetzen.

Der bisherige Kriegsverlauf hat uns alle die Ueberzeugung gegeben, daß ein vorausschauendes, ökonomisch richtiges Haushalten mit den Arbeitskräften und ihr richtiger Einsatz gesichert ist. Dieses wurde schon gleich zu Kriegsbeginn deutlich. Im August 1939 konnten wir keine Arbeitslosigkeit mehr. Der Übergang von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft hat im September 1939 zur Umschichtung von vielen tausenden Arbeitskräften geführt, trotzdem war er nicht mit nennenswerten Betriebsstilllegungen und großer Arbeitslosigkeit verbunden. Die freigeordneten Arbeitskräfte konnten in kürzester Frist in andere Betriebe vermittelt werden. Das gleiche gilt für die folgenden Kriegsmoate. Im ganzen Reich zählten wir im Dezember 1939 nur 128 000 Arbeitslose, davon waren lediglich 18 000 voll einsatzfähig. Es kann keine Zweifel darüber geben, daß uns auch die nächsten Kriegsmoate keine größere Arbeitslosigkeit bringen.

Der deutsche Arbeiter und Angestellte könne sich darauf verlassen, daß die Reichsregierung auch künftighin keine Arbeitskraft brachliegen läßt, sondern auf den Platz stellt, auf dem der Einsatz den größten Nutzen für Volk und Staat bringt. Ohne persönliche Opfer wird es allerdings dabei nicht abgehen: Soldaten und Arbeiter kämpfen nebeneinander! Beide stehen unter dem Gebot des totalen Krieges! Nur die Nation, die dieses Gebot am besten erfüllt, wird siegen. Aber ebenso wie der Staat vorbildlich seine Soldaten und ihre Angehörigen betreut, ebenso wird er auch dafür sorgen, daß dem schaffenden Menschen die sozialpolitischen Errungenschaften, soweit nur irgendmöglich, erhalten bleiben.

Die deutsch-italienische Freundschaft

Abfuhr für die Westmächte

Eine eindeutige Abfuhr für die Westmächte und ein Treuebekenntnis zur deutsch-italienischen Freundschaft bildet ein bemerkenswerter Aufruf über die deutsch-italienischen Beziehungen aus der Feder des seit Kriegsbeginn in Deutschland weilenden Direktors der „Milizia Fascista“, des Milizgenerals Melchiorri, der erst kürzlich zum Jahresstag der Miliz nach Rom gekommen war und bei dieser Gelegenheit von Mussolini in Privataudienz empfangen wurde.

Nicht selten, so schreibt das amtliche Organ der faschistischen Miliz, höre man die Frage, welches die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien seien. Die gesamte demokratisch-freimaurerische Welt läßt klar ihre Hoffnung erkennen, so fährt das Blatt u. a. fort, daß in den deutsch-italienischen Beziehungen tatsächlich ein Miß bestehen möge, und daß Italiens Nichtkriegsführung keineswegs bedeuten möge, daß Italien im zweidmähigen Augenblick bereit sei, an der Seite Deutschlands in den Krieg zu treten. Viele unserer alten Feinde, die sich Arme und Beine ausstrecken, um unsere Sympathien, d. h. zumindest unsere Neutralität zu sichern, suchen in jeder unserer Gebärden, in jeder Rede maßgebender Männer unseres Regimes, in jeder neuen Tatsache der internationalen Politik, auch in denen, die uns nicht im geringsten betreffen, eine Stellungnahme Italiens gegen Deutschland zu sehen sowie eine Loslösung des Faschismus vom Nationalsozialismus. Wir haben bereits mehrmals Gelegenheit gehabt, zu beweisen, daß dies alles absolut phantastisch ist, und daß Deutschlands Feinde ihrer Phantasie gern feste Gestalt verleihen und als konkrete Tatsachen annehmen möchten, was nur leere Hoffnungen sind. General Melchiorri führt sodann längere Auszüge aus den Reden des Führers vom 30. Januar 1939, 28. April 1939, 1. September 1939 und 30. Januar 1940 sowie aus dem deutschen Reichsbuch an, die beilebens geeignet seien, die Gedanken jener von Hirngespinnsten zu befreien, die unter dem Titusbogen Schmetterlinge suchen gingen. Von besonderer Bedeutung sei aber, daß der Führer dem Thee nicht nur dafür seinen Dank ausgesprochen habe, was er zur Vermeidung des Konfliktes tat, sondern auch dafür, was er in Zukunft tun würde.

„Italiens Position ist gradlinig und sonnenklar“, so schließt der Artikel. „Mögen Deutschlands Feinde weder daran denken, daß das italienische Volk sich von ihnen so leicht ans Blatteln führen läßt, noch hoffen, daß es ihnen durch Vagen in die Arme fallen kann. Mehr denn je stehen wir heute, während der Streit tobt, ruhig und stark über dem Streit.“

Deutschbalten estnische Staatsangehörigkeit!

Das deutsch-estnische Protokoll über die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe Estlands in das Deutsche Reich sieht vor, daß nur diejenigen Personen als vollberechtigte Umsiedler, auch in vermögensrechtlicher Hinsicht, angesehen werden, die im Zuge der Umsiedlung in Estland alle erforderlichen Formalitäten erledigt und auf einem der deutschen Umsiedlerschiffe Estland verlassen haben.

Alle Deutschbaltien mit estnischer Staatsangehörigkeit, die sich ständig oder zeitweilig im Deutschen Reich ansiedelten und sich an der Umsiedlung beteiligten und ihr in Estland befindliches Vermögen ins Reich überführen wollten, müssen sich umgehend mit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft in b. S., Berlin W 8, Mohrenstraße 42, Abteilungs Estland, Telefon 165161, wegen der dann noch im Laufe dieses Monats notwendigen Reise nach Estland in Verbindung setzen. Voraussetzung ist, daß die Beteiligten bis zum 15. Oktober 1939 estnische Staatsangehörige waren. Eine etwaige spätere Entlassung aus der estnischen Staatsangehörigkeit schließt die Beteiligungen an Umsiedlungsverfahren nicht aus.

Für Personen, die wegen ihres Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit die Fahrt nach Estland nicht unternehmen können, sind Ausnahmeregelungen in Aussicht genommen. Näheres ist bei der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft zu erfahren, die auch Auskunft über Fahrtmöglichkeiten, Reise- und Aufenthaltskosten erteilt. Die Deutsche Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft bittet auch diejenigen Personen, die sich in vorliegenden Fragen bereits an sie gewendet haben, sich erneut mit ihr ins Benehmen zu setzen.

